



## Amtliche Bekanntmachungen der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg

64/2019 (3. Dezember 2019)

### **Studien- und Prüfungsordnung der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg für den Masterstudiengang Soziale Arbeit in sonderpädagogischen Handlungsfeldern (Master of Arts – M. A.)**

vom 3. Dezember 2019<sup>1</sup>

Auf Grund von § 8 Abs. 5 in Verbindung mit § 34 Abs. 1 des Landeshochschulgesetzes (LHG) vom 1. Januar 2005 (GBl. S. 1) in der aktuellen Fassung hat der Senat der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg in seiner Sitzung am 7. Mai 2009 die folgende Studien- und Prüfungsordnung für den Masterstudiengang Soziale Arbeit in sonderpädagogischen Handlungsfeldern beschlossen.

Der Rektor der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg hat gemäß § 34 Abs. 1 Satz 3 LHG am 3. Dezember 2019 seine Zustimmung erteilt.

#### **Inhaltsverzeichnis**

#### **I. Allgemeine Bestimmungen**

- § 1 Geltungsbereich
- § 2 Allgemeine Ziele des Studiums, akademischer Grad
- § 3 Studienbeginn
- § 4 Zugangsvoraussetzungen zum Studium
- § 5 Regelstudienzeit, Aufbau des Studiums, Module, Leistungspunkte, Zusatzmodule
- § 6 Lehrveranstaltungen und Prüfungen in Englisch oder einer anderen Fremdsprache
- § 7 Studienberatung
- § 8 Studiengangs- und Prüfungsausschuss
- § 9 Zuständigkeiten im Prüfungsverfahren
- § 10 Prüfer und Beisitzer

#### **II. Prüfungen im Masterstudiengang**

- § 11 Modulprüfungen
- § 12 Organisation von Modulprüfungen
- § 13 Zulassung zu Modulprüfungen
- § 14 Sonderregelung
- § 15 Schriftliche Modulprüfungen
- § 16 Mündliche Modulprüfungen
- § 17 Voraussetzungen und Zulassung zum Modul Masterarbeit

- § 18 Benotung der Modulprüfungen (einschließlich Masterarbeit), Ermittlung der Endnote
- § 19 Bestehen und Nichtbestehen von Modulprüfungen
- § 20 Wiederholung von Modulprüfungen
- § 21 Endgültiges Nichtbestehen
- § 22 Abschluss des Masterstudiums
- § 23 Prüfungszeugnis, Transcript of Records, Diploma Supplement, Urkunde
- § 24 Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß
- § 25 Aberkennung des akademischen Grades
- § 26 Schutzbestimmungen
- § 27 Einsichtsrecht

#### **III. Schlussvorschriften**

- § 28 Inkrafttreten und Übergangsbestimmungen

#### **I. Allgemeine Bestimmungen**

##### **§ 1 Geltungsbereich**

- (1) Diese Bestimmungen basieren auf den gesetzlichen Vorgaben des Hochschulrahmengesetzes und des Landeshochschulgesetzes des Landes Baden-Württemberg sowie der Rahmenvorgaben der Kultusministerkonferenz (KMK) und des Akkreditierungsrats.
- (2) Ziele, Inhalte, Aufbau und Leistungsanforderungen werden durch diese Ordnung und im Modulhandbuch des Studiengangs bestimmt.

##### **§ 2 Allgemeine Ziele des Studiums, akademischer Grad**

- (1) Ziel des Masterstudiengangs Soziale Arbeit in sonderpädagogischen Handlungsfeldern ist die anwendungsbezogene Vermittlung weiterführender wissenschaftlicher und professioneller Schlüsselkompetenzen für die professionelle Prävention, Intervention, Förderung und Unterstützung in Lebenssituationen drohender oder faktisch eingetretener Behinderung und/oder sozialer Benachteiligung von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen. Der Studiengang orientiert sich an einem biopsychosozialen, relationalen Verständnis von Behinderung und sozialer Benachteiligung und einer auf das Individuum und sein soziales und kulturelles Umfeld bezogenen Lebenslaufperspektive. Darüber hinaus vermittelt der Studiengang insbesondere Kompetenzen, die für die Strukturanalyse, Konzeption, Planung, Evaluation, Organisation von Leistungen, Leitung von Diensten und Einrichtungen im schulunterstützenden, außerschulischen oder nachschulischen Bereich sowie für die Diagnose und Lösung von Schnittstellenproblemen relevant sind. Der Studiengang ist den Zielvorstellungen der Sicherung

der Menschenwürde, der Förderung sozialer, ökonomischer und kultureller Partizipation sowie der Partizipation an Bildung, Ausbildung und Arbeit unter Bedingungen von Behinderung, chronischer Erkrankung und sozialer Benachteiligung verpflichtet. Er soll dazu befähigen professionelle Verantwortung zu übernehmen, ein eigenständiges professionelles Profil auszubilden und kritisch zu reflektieren.

- (2) Auf Grund der bestandenen Masterprüfung wird der akademische Grad „Master of Arts“ (abgekürzt: „M. A.“) verliehen.

### § 3 Studienbeginn

Das Studium kann zum Wintersemester eines jeden Studienjahres aufgenommen werden.

### § 4 Zugangsvoraussetzungen zum Studium

- (1) Zum Masterstudium Soziale Arbeit in sonderpädagogischen Handlungsfeldern kann zugelassen werden, wer einen ersten berufsqualifizierenden Studienabschluss von mindestens 6 Semestern bzw. 180 ECTS-Punkten in einem sonder- oder sozialpädagogisch ausgerichteten Fach oder einem gleichwertigen berufsqualifizierenden Studium erlangt hat und über Praxiserfahrungen in sonderpädagogischen Arbeitsfeldern verfügt.
- (2) Das Nähere regelt die Zulassungssatzung für den Masterstudiengang Soziale Arbeit in sonderpädagogischen Handlungsfeldern.

### § 5 Regelstudienzeit, Aufbau des Studiums, Module, Leistungspunkte, Zusatzmodule

- (1) Die Regelstudienzeit bis zum Abschluss des Masterstudiums beträgt zwei Studienjahre. Ein Studienjahr besteht aus zwei Semestern.
- (2) Das Volumen der Module wird über den Arbeitsaufwand der Studierenden bestimmt und in Leistungspunkten gemäß dem European Credit Transfer and Accumulation System (ECTS) angegeben. Ein Leistungspunkt (Credit Point = ECTSP) entspricht einem studentischen Arbeitsaufwand von durchschnittlich 30 Stunden. Pro Studienjahr ist der Erwerb von 60 ECTSP, pro Semester der Erwerb von 30 ECTSP vorgesehen. Das Studium umfasst 120 ECTSP.
- (3) Im Rahmen der Masterprüfung sind studienbegleitende Prüfungsleistungen zu erbringen. Dies kann in verschiedenen Formen geschehen (z. B. schriftlich, mündlich, Praktikumsbericht, Präsentation, Portfolio). Ferner ist eine Masterarbeit zu schreiben. Die Prüfungsleistungen sind im Einzelnen in der jeweils gültigen Form des Modulhandbuchs geregelt.
- (4) Im Masterstudiengang Soziale Arbeit in sonderpädagogischen Handlungsfeldern sind die Lehrveranstaltungen in Module gegliedert. Die Masterarbeit sowie externe Praktika bilden eigene Module. Die Lehr- und Lerninhalte der einzelnen Module sind in einem Modulformular gemäß Anlage 2 in der jeweils aktuellen Fassung dokumentiert. Die Gesamtheit aller Modulformulare eines Studiengangs bildet das Modulhandbuch.
- (5) Der Erwerb von Leistungspunkten (ECTSP) setzt eine erfolgreiche Teilnahme an den Studienleistungen voraus.
- (6) Die/Der Studierende kann weitere als die vorgeschriebenen Pflicht- und Wahlpflichtmodule wählen (Zusatzmodule).

### § 6 Lehrveranstaltungen und Prüfungen in Englisch oder einer anderen Fremdsprache

Lehrveranstaltungen und Prüfungen können ganz oder teilweise in Englisch oder einer anderen Fremdsprache abgehalten werden.

### § 7 Studienberatung

Studierende erhalten in jedem Semester eine Profilberatung durch hauptberuflich im Studiengang Lehrende.

### § 8 Studiengangs- und Prüfungsausschuss

- (1) Für die Durchführung und Organisation der Prüfungen wird ein Studiengangs- und Prüfungsausschuss (SPA) für den Studiengang Master Soziale Arbeit in sonderpädagogischen Handlungsfeldern durch Beschluss des Senats gebildet.
- (2) Mitglieder des SPA sind Hochschullehrer\*innen und akademische Mitarbeiter\*innen der Fakultät für Sonderpädagogik und mindestens zwei Studierende des Studiengangs (max. 2/5 der Gesamtmitglieder). Sie werden vom Senat gewählt. Die Amtszeit der Mitglieder der SPA beträgt vier Jahre, die der Studierendenvertreter\*innen ein Jahr. Eine Wiederwahl ist möglich.
- (3) Dem Studiengangs- und Prüfungsausschuss gehören ferner mit beratender Stimme die Leiterin/der Leiter des akademischen Prüfungsamtes und die Gleichstellungsbeauftragte an.
- (4) Die Mitglieder des Rektorats, Vertreter\*innen des Prüfungsamts sind berechtigt, an jeder Sitzung eines SPA teilzunehmen. Die Studienberater\*innen und die Studiendekan\*innen sind berechtigt, an jeder Sitzung eines SPA teilzunehmen, an dem ihre Fakultät beteiligt ist. Dem SPA werden weitere Fachvertreter\*innen und Modulbeauftragte bei Themen, die speziell einzelne Fächer oder Module betreffen, assoziiert.
- (5) Der Senat wählt auf Vorschlag des SPA oder der Fakultäten eine / ein Vorsitzende\*r aus dem Kreis der Hochschullehrer\*innen, die Mitglieder im SPA sind. Der oder dem Vorsitzenden obliegt die Auslegung der Geschäftsordnung. Stellvertretungen sind nicht vorgesehen, es sei denn der Senat bestellt diese auf Antrag des SPA.
- (6) Der Studiengangs- und Prüfungsausschuss ist beschlussfähig, wenn die/der Vorsitzende oder ihr/sein Stellvertreter\*in und insgesamt mindestens die Hälfte aller stimmberechtigten Mitglieder anwesend sind. Er entscheidet mit einfacher Stimmenmehrheit; bei Stimmengleichheit gibt die Stimme der/des Vorsitzenden den Ausschlag.
- (7) Der Studiengangs- und Prüfungsausschuss kann die Erledigung seiner Aufgaben für alle Regelfälle auf die Vorsitzende/den Vorsitzenden des Studien- und Prüfungsausschusses übertragen.
- (8) Die Mitglieder des Studiengangs- und Prüfungsausschusses unterliegen der Amtsverschwiegenheit. Sofern sie nicht im Öffentlichen Dienst stehen, sind sie durch die /den Vorsitzende\*n zur Verschwiegenheit zu verpflichten.
- (9) Die Mitglieder des Studiengangs- und Prüfungsausschusses mit Ausnahme der Studierenden haben das Recht, der Abnahme von Prüfungen beizuwohnen. Dieses Recht erstreckt sich nicht auf die Bekanntgabe der Note.

### § 9 Zuständigkeiten im Prüfungsverfahren

- (1) Bei der Organisation und Durchführung der Prüfungen sowie bei den Entscheidungen wirken der

Prüfungsausschuss, das akademische Prüfungsamt und die/der zuständige Modulbeauftragte zusammen. Über Widersprüche entscheidet die/der Prorektor\*in für Studium und Lehre.

(2) Der Prüfungsausschuss hat folgende Aufgaben. Er

1. entscheidet nach Rücksprache mit den Modulbeauftragten über die Anrechnung von Studien- und Prüfungsleistungen sowie Studienzeiten (vgl. § 11);
2. vergibt auf der Grundlage des Themenvorschlags nach § 18 Abs. 3 und 5 die Zulassung zur Masterarbeit, bestellt die fachlich zuständigen Prüfer\*innen und Beisitzer\*innen. Die Bestellung der Beisitzer\*innen kann vom Prüfungsausschuss auf die/den jeweiligen Prüfer\*in delegiert werden;
3. beschließt die Organisation und Durchführung der Studien- und Prüfungsleistungen und trägt Sorge für die Veröffentlichung der jeweils aktuell gültigen Fassung des Modulhandbuchs;
4. ist zuständig für Stellungnahmen zu Widerspruchsverfahren in Studien- und Prüfungsangelegenheiten;
5. legt für terminierte Modulprüfungen Anmeldezeiträume fest, innerhalb derer die Anmeldung erfolgen muss und gibt diese rechtzeitig und in geeigneter Weise den Studierenden bekannt. Die Frist für die Anmeldung zu Modulprüfungen endet spätestens eine Woche vor dem Prüfungstermin;
6. entscheidet über die Zulassung zu Studien- und Prüfungsleistungen in Zweifelsfällen;
7. organisiert die Profilberatung nach § 7.

(3) Dem akademischen Prüfungsamt obliegen

1. die Unterstützung der Prüfungsausschüsse;
2. die Verwaltung aller prüfungsbezogenen Unterlagen;
3. die Ausfertigung und Ausgabe von prüfungsbezogenen Bescheiden und Bescheinigungen, Zeugnissen und Urkunden;
4. die Verfahren bezüglich Prüfungsfristen und Regelstudienzeit;
5. die Entscheidungen über den Rücktritt von Prüfungsleistungen nach der Zulassung zur Prüfung;
6. die formale Entscheidung über das Bestehen und Nichtbestehen von Modulprüfungen (vgl. § 19);
7. die formale Entscheidung über Fristverlängerung bei Masterarbeiten;
8. die formale Feststellung des Ergebnisses der Masterprüfung; die Feststellung der Ungültigkeit einer Masterprüfung;
9. die Entscheidung über die Ausstellung des Masterzeugnisses und der Masterurkunde;
10. die Entscheidung über eine zweite Wiederholung und über das Erlöschen des Prüfungsanspruchs und der Zulassung zum Studium gemäß § 34 Abs. 2 LHG;
11. die Entscheidung über die Folgen von Verstößen gegen Prüfungsvorschriften.

(4) In den Aufgabenbereich des jeweils zuständigen Modulbeauftragten fallen:

1. die Organisation der Anmeldung zur Modulprüfung nach § 12;
2. die Zulassung zur Modulprüfung nach § 13 Abs. 1.
3. die schriftliche Mitteilung an das akademische Prüfungsamt, wenn die Zulassung versagt wird.

## § 10 Prüfer\*innen und Beisitzer\*innen

- (1) Als Prüfer\*innen oder Beisitzer\*innen können Hochschullehrer\*innen bestellt werden sowie akademische Mitarbeiter\*innen und Lehrbeauftragte, denen die Prüfungsbefugnis erteilt worden ist.
- (2) Prüfungsleistungen dürfen nur von Personen bewertet werden, die selbst mindestens die durch die Prüfung festzustellende oder eine gleichwertige Qualifikation besitzen.
- (3) Denjenigen Personen, die in einem Fachgebiet an der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg hauptberuflich lehren, gilt die Prüfungsbefugnis generell als erteilt, sofern dies nicht Absatz 2 widerspricht. Bei Personen, die in einem Fachgebiet an der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg nebenberuflich lehren, entscheidet der Fakultätsrat über die Prüfungsbefugnis.
- (4) Mündliche Prüfungen werden von zwei Prüfer\*innen oder von einer/einem Prüfer\*in in Gegenwart eines Beisitzers/einer Beisitzerin abgenommen. Wiederholungsprüfungen und schriftliche Prüfungen, die von einem Prüfer/einer Prüfer\*in unter 4,0 bewertet wurden, sind von einer/einem zweiten Prüfer\*in zu bewerten. Sonstige schriftliche Prüfungen können in der Regel von einem Prüfer/einer Prüferin abgenommen bzw. bewertet werden.
- (5) Die/Der zu prüfende Studierende kann Prüfer\*innen vorschlagen. Der Vorschlag begründet keinen Anspruch auf Bestellung der Vorgeschlagenen. Die Namen der Prüfer\*innen sollen rechtzeitig bekannt gegeben werden.
- (6) Die Masterarbeit wird von zwei Prüfer\*innen entsprechend Absatz 1 bewertet. Mindestens einer der Prüfer\*innen muss eine/ ein Hochschullehrer\*in der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg sein.

## II. Prüfungen im Masterstudiengang

### § 11 Modulprüfungen

- (1) In den Modulprüfungen soll die/der Studierende nachweisen, dass sie/er die im Modulhandbuch beschriebenen Lernziele erreicht und die entsprechenden Kompetenzen erworben hat. Studierende können eine für das Modul vorgesehene und mit der/dem Prüfer\*in abgesprochene Form der kompetenzorientierten Prüfungsleistung wählen. Näheres regelt das Modulhandbuch.
- (2) Studienbegleitende Prüfungsleistungen sind innerhalb der vorgesehenen Prüfungszeiträume zu erbringen.
- (3) Modulprüfungen werden entsprechend § 18 Abs. 3 bewertet.
- (4) Die Zulassung zu Modulprüfungen gemäß Absatz 1 kann von der Erbringung von Vorleistungen abhängig gemacht werden. Näheres regelt das Modulhandbuch.

- (5) Für die Durchführung der einzelnen Modulprüfung ist in der Regel jeweils eine/ein Lehrende/r verantwortlich, die/der die/den Studiendekan\*in der Fakultät für Sonderpädagogik und die/den Prüfungsausschussvorsitzende\*n über notwendige Maßnahmen zur Durchführung unterrichtet. Die/Der Studiendekan\*in der Fakultät kann ein Mitglied des Lehrkörpers mit der Modulverantwortung betrauen. Für das Modulhandbuch des jeweiligen Studiengangs ist die/der zuständige Studiendekan\*in verantwortlich.
- (6) Die Durchführung der Prüfungen und deren Wiederholungen sind unter § 12 bis § 21 geregelt.
- (7) Die für Modulprüfungen zulässigen Hilfsmittel, gültigen Termine und Bewertungsmaßstäbe werden von der/dem Prüfer\*in rechtzeitig bekannt gegeben.
- (8) Das Prüfungsergebnis wird durch die/den Prüfer\*in in geeigneter Weise bekannt gegeben und anschließend durch die/den Prüfer\*in dem akademischen Prüfungsamt unverzüglich nach Einsichtnahme gemäß § 29 Abs. 2 der ROMA mitgeteilt und die Prüfungsunterlagen (z.B. Klausur, Protokoll der mündlichen Prüfung) dem akademischen Prüfungsamt übergeben.

## § 12 Organisation von Modulprüfungen

- (1) Prüfungs- und Wiederholungstermine für die schriftlichen Modulprüfungen werden unter Beachtung der Regelstudienzeiten und der in § 12 Abs. 2 genannten Prüfungsfristen im Masterstudium gem. § 9 Abs. 2 Ziffer 5 festgelegt.
- (2) Andere Prüfungen (z. B. Portfolio, mündliche Prüfungen) werden von der/von dem Prüfer\*in in Bezug auf Ort und Zeitraum selbst organisiert.
- (3) Um an den Modulprüfungen teilnehmen zu können, muss sich die/der Studierende anmelden. Es sind gegebenenfalls die laut Modulhandbuch für die jeweilige Modulprüfung notwendigen Studienleistungen gemäß § 12 Abs. 4 nachzuweisen. Die Anmeldung gilt mit Ablauf des Anmeldezeitraums als erfolgt, sofern die/der Studierende bis zu diesem Zeitpunkt nicht von der Anmeldung zurücktritt. Nach Zulassung zur Prüfung ist ein Rücktritt nur nach Genehmigung der/des Modulbeauftragten möglich.

## § 13 Zulassung zu Modulprüfungen

- (1) Zu den Modulprüfungen kann nur zugelassen werden, wer
  1. im Masterstudiengang Soziale Arbeit in sonderpädagogischen Handlungsfeldern an der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg eingeschrieben ist;
  2. die für die jeweilige Modulprüfung notwendigen Studienleistungen bzw. Modulprüfungen nachweist;
  3. seinen Prüfungsanspruch nicht verloren hat oder eine Prüfung nicht endgültig nicht bestanden hat;
- (2) Die Zulassung zur Modulprüfung wird per Aushang bekannt gemacht.
- (3) Die Zulassung ist zu versagen, wenn:
  1. die in Absatz 1 genannten Voraussetzungen nicht erfüllt sind;
  2. die Unterlagen unvollständig und trotz Aufforderung nicht fristgemäß vervollständigt worden sind;

3. die/der Studierende im gewählten Studiengang oder in einem verwandten Studiengang bereits eine Modul-, Masterprüfung endgültig nicht bestanden hat oder den Prüfungsanspruch verloren hat.
- (4) Die Ablehnung des Zulassungsantrags wird der/dem Studierenden vom akademischen Prüfungsamt schriftlich bekannt gegeben. Die Ablehnung ist mit einer Begründung und einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.

## § 14 Sonderregelung

Macht eine/ein Studierende\*r ggf. durch ein ärztliches Zeugnis glaubhaft, dass sie/er wegen länger andauernder oder ständiger körperlicher Beeinträchtigung bzw. Behinderung ganz oder teilweise nicht in der Lage ist, Studienleistungen und/oder Modulprüfungen ganz oder teilweise in der vorgesehenen Form zu erbringen, legt der Prüfungsausschuss in Abstimmung mit der/dem Studierenden und den Prüfer\*innen fest, wie gleichwertige Studienleistungen und Modulprüfungen innerhalb einer verlängerten Zeit oder in anderer Form erbracht werden können. Die/Der Behindertenbeauftragte kann dazu gehört werden.

## § 15 Schriftliche Modulprüfungen

- (1) Schriftliche Modulprüfungen sind Klausuren und sonstige schriftliche Arbeiten.
- (2) Klausuren können zum Teil oder zur Gänze nach Entscheidung des zuständigen Prüfers in Form des Antwort-Wahl-Verfahrens (Multiple-Choice-Verfahren) durchgeführt werden.
  - Die Eigenart von Prüfungen nach dem Antwort-Wahl-Verfahren (Multiple-Choice-Verfahren) liegt darin, dass die Prüfungsleistung im Gegensatz zu herkömmlichen Klausuren darin besteht, eine Auswahl unter mehreren vorgegebenen Antworten der gestellten Fragen zu treffen und die für richtig gehaltenen Antworten zu markieren.
  - Die Auswahl des Prüfungsstoffs, die Ausarbeitung und die Festlegung der Gewichtung der Fragen, die Festlegung der Antwortmöglichkeiten vor der Prüfung und die Feststellung der Zahl der richtigen Antworten nach der Prüfung ist Aufgabe der/des Prüfenden.
  - Entsprechend dem Schwierigkeitsgrad der Fragen, Teilfragen oder Fragenblöcke werden für die Beantwortung Wertungspunkte vergeben. Bei der Aufgabenstellung sind die Bewertungsmaßstäbe anzugeben. Für die Festsetzung der Noten ist auf den jeweils erreichten Prozentsatz der maximal erreichbaren Wertungspunkte abzustellen. Näheres regeln die Modulbeauftragten.
- (3) Die Dauer der Klausuren soll in der Regel mindestens 60 Minuten und höchstens 240 Minuten betragen. Näheres regelt das Modulhandbuch.
- (4) Das Verfahren der Bewertung schriftlicher Modulprüfungen soll vier Wochen, das der Masterarbeit soll acht Wochen nicht überschreiten.
- (5) Schriftliche Modulprüfungsleistungen mit Ausnahme von Klausuren sind mit einer Erklärung der/des Studierenden zu versehen, dass sie/er die Arbeit, bei einer Gruppenarbeit den Arbeitsanteil, selbständig verfasst und nur die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt hat.

## § 16 Mündliche Modulprüfungen

- (1) Mündliche Modulprüfungen können auch in Form von Präsentationen, Vorträgen, Kolloquien u. ä. vorgenommen werden.
- (2) Mündliche Modulprüfungen, die nicht im Rahmen von Lehrveranstaltungen abgenommen werden, werden als Gruppen- oder Einzelprüfung in der Regel von zwei Prüfer\*innen gemäß § 10 Abs. 1 und 2 oder von einer/einem Prüfer\*in in Gegenwart einer/eines Beisitzenden abgelegt. Vor der Festsetzung der Note hört die/der Prüfer\*in die/den Beisitzende\*n. Erfolgt die mündliche Prüfung durch zwei Prüfer\*innen, so legen beide Prüfer\*innen die Note für die Prüfung im Konsens fest. Kommt keine Einigung zustande, so wird das arithmetische Mittel der beiden Endnoten gebildet. Das Ergebnis der Prüfung ist der/dem Studierenden im Anschluss an die mündliche Prüfung bekannt zu geben. Die Dauer der Prüfung beträgt je Studierender mindestens 15 Minuten und höchstens 60 Minuten. Bei Gruppenprüfungen wird die Leistung jedes Kandidaten individuell festgelegt.
- (3) Die wesentlichen Gegenstände und Ergebnisse der Prüfung sind in einem Protokoll festzuhalten.
- (4) Studierende, die sich in einem späteren Prüfungsdurchgang der gleichen Prüfung unterziehen wollen, sollen nach Maßgabe der räumlichen Verhältnisse als Zuhörer zugelassen werden, es sei denn, die/der Prüfungskandidat\*in widerspricht. Die Zulassung erstreckt sich jedoch nicht auf die Beratung und Bekanntgabe der Prüfungsergebnisse. Aus wichtigen Gründen oder auf Antrag der/des zu Prüfenden ist die Öffentlichkeit auszuschließen.

## § 17 Voraussetzungen und Zulassung zum Modul Masterarbeit

- (1) Die Zulassung zur Masterarbeit wird in der Regel zum Ende des 3. Fachsemesters beantragt.
- (2) Der/Dem Studierenden ist Gelegenheit zu geben, für das Thema Vorschläge zu machen.
- (3) Die Masterarbeit hat einen Umfang von 20 ECTS. Sie ist eine Prüfungsarbeit, in der die/der Studierende zeigen soll, dass sie/er in der Lage ist, innerhalb der vorgegebenen Frist ein Thema nach wissenschaftlichen Methoden vertieft zu bearbeiten. Bestandteil des Moduls Masterarbeit ist auch die Teilnahme an einem Masterkolloquium im vierten Semester.
- (4) Die Masterarbeit kann auch als Gruppenarbeit durchgeführt werden, sofern der individuelle Beitrag deutlich abgrenzbar und benotbar ist.
- (5) Das Thema der Masterarbeit wird von einer/einem im Studiengang hauptamtlich Lehrenden gemäß § 10 Abs. 1 gestellt. Mit der Ausgabe des Themas übernimmt die/der Prüfer\*in auch die Betreuung der Masterarbeit. Die Erstbetreuung kann nur von einer/einem Hochschullehrer\*in erfolgen.
- (6) Der Antrag auf Zulassung ist schriftlich an das akademische Prüfungsamt zu richten. Dem Antrag sind beizufügen:
  1. der Vorschlag für das Thema der Masterarbeit mit Zustimmung der vorgeschlagenen Betreuer.
  2. eine Erklärung darüber, ob die/der Kandidat\*in bereits eine Masterprüfung im Studiengang

an einer in- oder ausländischen Hochschule endgültig nicht bestanden hat oder ob er sich in einem nicht abgeschlossenen Prüfungsverfahren an einer Hochschule befindet (vgl. dazu § 13).

- (7) Das Thema der Masterarbeit wird mit der Zulassung zur Masterarbeit über den Prüfungsausschuss vergeben. Der Zeitpunkt der Ausgabe und das Thema der Arbeit sind beim akademischen Prüfungsamt aktenkundig zu machen. Die Frist für die Anfertigung der Arbeit beginnt mit der Vergabe des Themas.
- (8) Die Bearbeitungszeit für die Masterarbeit beträgt sechs Monate. Das akademische Prüfungsamt kann auf begründeten Antrag die Arbeitszeit bei der Masterarbeit um maximal vier Wochen verlängern. Als Begründungen gelten ein ärztliches Attest oder eine positive Stellungnahme des Prüfungsausschusses. Der Antrag muss spätestens zwei Wochen vor Ablauf der Bearbeitungszeit beim Prüfungsausschuss eingegangen sein und bedarf der Zustimmung der Betreuer der Arbeit.
- (9) Das Thema kann nur einmal und nur innerhalb des ersten Monats der Bearbeitungszeit zurückgegeben werden. Ein neues Thema ist binnen 4 Wochen gemäß Absatz 5 zu stellen und auszugeben. Nach Ausgabe des neuen Themas gilt erneut die Bearbeitungszeit gemäß Absatz 7.
- (10) Die Masterarbeit ist in deutscher Sprache abzufassen. Nach Absprache mit den vorgesehenen Prüfern kann die Arbeit auch in einer anderen Sprache abgefasst werden.
- (11) Die Masterarbeit ist fristgerecht in zweifacher Ausfertigung und als CD-ROM beim akademischen Prüfungsamt einzureichen. Der Abgabetermin ist aktenkundig zu machen. Wird die Masterarbeit nicht fristgerecht abgeliefert, so gilt sie als mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet, es sei denn, der Studierende hat das Fristversäumnis nicht zu vertreten.
- (12) Bei der Abgabe der Masterarbeit hat die/der Studierende schriftlich zu versichern, dass sie/er die Arbeit selbständig verfasst hat und keine anderen als die von ihr/ihm angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt hat, die wörtlich oder inhaltlich übernommenen Stellen als solche kenntlich gemacht und die Satzung der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis in der jeweils gültigen Fassung beachtet hat. Bei Abgabe einer unwahren Versicherung wird die Masterarbeit mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet.

## § 18 Benotung der Modulprüfungen (einschließlich Masterarbeit), Ermittlung der Endnote

- (1) Die Benotung von Modulprüfungen erfolgt nach der Skala in Absatz 2, wenn die Modulprüfung in die Endnote einfließt. Modulprüfungen, die nicht in die Endnote einfließen, werden in einer zweistufigen Skala mit „erfolgreich“ und „nicht erfolgreich“ bewertet.
- (2) Jede benotete Prüfung wird mit einer der folgenden Noten bewertet:
 

1	sehr gut	=	hervorragende Leistung
2	gut	=	eine Leistung, die erheblich über den durchschnittlichen Anforderungen liegt

- |   |                   |   |
|---|-------------------|---|
| 3 | befriedigend      | = eine Leistung, die durchschnittlichen Anforderungen entspricht                  |
| 4 | ausreichend       | = eine Leistung, die trotz ihrer Mängel noch den Anforderungen genügt             |
| 5 | nicht ausreichend | = eine Leistung, die wegen erheblicher Mängel den Anforderungen nicht mehr genügt |

Zur differenzierten Bewertung können Zwischenwerte durch Erniedrigen oder Erhöhen der Note um 0,3 gebildet werden. Ausgeschlossen sind dabei die Noten 0,7; 4,3; 4,7 und 5,3.

- (3) Die Noten werden entsprechend folgender Tabelle ausgewiesen:

Notenbezeichnung

Einzelnote	Endnote	Notenbezeichnung	
		Deutsch	Englisch
1,0 1,3	1,0 – 1,50	sehr gut	very good
1,7 2,0 2,3	1,51 – 2,50	gut	good
2,7 3,0 3,3	2,51 – 3,50	befriedigend	satisfactory
3,7 4,0	3,51 – 4,0	ausreichend	sufficient
5,0	5,0	nicht ausreichend	fail

- (4) Die Masterarbeit ist in der Regel von einer/einem Prüfer\*in, die/der das Thema festgelegt hat, zu beurteilen. Die Arbeit ist von einer/einem zweiten Prüfer\*in zu beurteilen, die/der vom Prüfungsausschuss bestellt wird. Jeder Prüfer erstellt ein schriftliches Gutachten. Für die Bewertung der Masterarbeit gilt Absatz 2 entsprechend.
- (5) Weichen die Noten der Prüfer\*innen voneinander ab, setzt die/der Leiter\*in des akademischen Prüfungsamtes die Note auf das arithmetische Mittel der Einzelbewertungen fest. Bei der Berechnung der Note wird nach der zweiten Dezimalstelle hinter dem Komma abgebrochen.
- (6) Die Endnote der Masterprüfung ergibt sich aus dem gewichteten arithmetischen Mittel aller endnotenrelevanten Modulnoten einschließlich der Note der Masterarbeit. Dabei erfolgt eine Gewichtung nach der Anzahl der Leistungspunkte (ECTSP). Bei der Bildung der Endnote werden nur die ersten zwei Dezimalstellen hinter dem Komma berücksichtigt; alle weiteren Stellen werden ohne Rundung gestrichen. Dabei werden die Modulnoten und die Note der Masterarbeit mit ihren zugehörigen Leistungspunkten gewichtet. Werden innerhalb der in § 12 Abs. 2 genannten Prüfungsfristen Module aus weiteren als den vorgeschriebenen Modulen absolviert (Zusatzmodule), so gehen diese nicht in die Endnote ein.
- (7) Bei einer Endnote kleiner oder gleich 1,40 wird das Prädikat „mit Auszeichnung“ verliehen.

## § 19 Bestehen und Nichtbestehen von Modulprüfungen

- (1) Eine Modulprüfung ist bestanden, wenn die Modulnote mindestens „ausreichend“ (4,0) ist.
- (2) Die Masterarbeit ist bestanden, wenn sie jeweils mindestens mit der Note „ausreichend“ (4,0) bewertet wurden.
- (3) Ist eine Masterarbeit nicht bestanden oder gilt sie als nicht bestanden, erteilt das akademische Prüfungsamt der/dem Studierenden hierüber einen schriftlichen Bescheid mit den Auskünften gemäß Abs. 4. Der Bescheid ist mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.
- (4) Die Feststellung des Nichtbestehens einer Prüfungsleistung sowie belastende Entscheidungen des Prüfungsamtes und des Prüfungsausschusses sind der/dem Studierenden durch schriftlichen Bescheid mitzuteilen, zu begründen und mit einer Rechtsmittelbelehrung zu versehen.

## § 20 Wiederholung von Modulprüfungen

- (1) Modulprüfungen, die mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet wurden oder als nicht bestanden gelten, können einmal wiederholt werden. Abweichend hiervon kann einmalig eine einzige Modulprüfung oder die Masterarbeit im Studiengang ein weiteres Mal wiederholt werden. Die Wiederholung einer bestandenen Modulprüfung ist nicht zulässig.
- (2) Anträge auf Wiederholungen von Modulprüfungen sind schriftlich innerhalb von vier Wochen nach Bekanntgabe der Bewertung an das akademische Prüfungsamt zu stellen.
- (3) Eine Masterarbeit, die mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet worden ist oder als nicht bestanden gilt, kann einmal wiederholt werden. Der Antrag auf Wiederholung muss spätestens zwei Monate nach Bestandskraft des Prüfungsbescheids eingereicht werden. Bei Versäumnis dieser Frist erlischt der Prüfungsanspruch, es sei denn, die/der Studierende hat das Versäumnis nicht zu vertreten. Eine Rückgabe des Themas ist nur dann zulässig, wenn die/der Studierende bei der Anfertigung ihrer/seiner ersten Arbeit von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch gemacht hat. Eine zweite Wiederholung ist nur zulässig, sofern noch keine andere Modulprüfung oder die Masterarbeit ein zweites Mal wiederholt wurde.

## § 21 Endgültiges Nichtbestehen

- (1) Die Masterprüfung ist endgültig nicht bestanden, wenn
  1. die Masterarbeit im zweiten Versuch nicht bestanden ist;
  2. ein/eine Studierende\*r eine Wiederholungsprüfung gemäß der studiengangsspezifischen Prüfungsordnung endgültig nicht bestanden hat;
  3. der Prüfungsanspruch auf Grund einer Fristüberschreitung verloren wurde.
- (2) § 24 Abs. 3 gilt entsprechend.

## § 22 Abschluss des Masterstudiums

- (1) Das Masterstudium hat erfolgreich abgeschlossen, wer alle für den Studiengang erforderlichen Studienleistungen erbracht und die erforderliche Anzahl an Leistungspunkten für ein Bestehen des Masterstudiums erbracht hat.
- (2) Hat eine/ein Studierende\*r das Masterstudium nicht erfolgreich abgeschlossen, erhält sie/er mit der Exmatrikulationsbescheinigung eine Bescheinigung, gemäß Anlage 3 in der jeweils aktuellen

Fassung, in der alle erfolgreich erbrachten Prüfungen und ggf. Studienleistungen sowie die Noten dokumentiert sind.

### § 23 Prüfungszeugnis, Transcript of Records, Diploma Supplement, Urkunde

- (1) Über das bestandene Masterstudium wird der/dem Studierenden innerhalb von vier Wochen nach dem Bestehen der letzten für den Studiengang erforderlichen Prüfungsleistung bzw. Modulprüfung ein Zeugnis ausgestellt. Dieses enthält die Endnote der Masterprüfung (einschließlich Dezimalnote), den ECTS-Grad gemäß Absatz 2, die im Laufe des Masterstudiums belegten Module, die gemäß § 18 Abs. 1 endnotenrelevanten Modulnoten, das Thema und die Note der Masterarbeit, ggf. mit der Note der mündlichen Präsentation zum Thema der Arbeit sowie ggf. die Zusatzmodule. Das Zeugnis trägt das Datum der letzten Modulprüfung bzw. Prüfungsleistung und ist von der/dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu unterzeichnen. Das Zeugnis ist mit dem Dienstsiegel der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg zu versehen. Das Prüfungszeugnis wird gemäß Anlage 4 in der jeweils aktuellen Fassung ausgestellt. Eine Anerkennung von Prüfungen oder Prüfungsteilen ist im Zeugnis zu vermerken.
- (2) Dem Masterzeugnis wird ein Transcript of Records gemäß Anlage 5 in der jeweils aktuellen Fassung und ein Diploma Supplement gemäß Anlage 6 in der jeweils aktuellen Fassung beigelegt. Das Diploma Supplement enthält neben persönlichen Angaben zur/zum Studierenden Informationen über Art und „Ebene“ des Abschlusses, den Status der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg sowie detaillierte Informationen über den Studiengang, in dem der Abschluss erworben wurde. Das Transcript of Records und das Diploma Supplement werden in englischer und in deutscher Sprache erstellt.
- (3) Gleichzeitig mit dem Zeugnis wird der/dem Studierenden die Masterurkunde mit dem Datum des Zeugnisses ausgehändigt. Darin wird die Verleihung des Mastergrads gemäß § 2 beurkundet. Die Urkunde wird von der/dem Rektor\*in und von der/dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses unterzeichnet und mit dem Siegel der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg versehen. Der akademische Grad darf erst nach der Aushändigung der Urkunde geführt werden.
- (4) Studierende, die ihre Masterprüfung endgültig nicht bestanden haben, erhalten hierüber einen schriftlichen Bescheid mit Rechtsbehelfsbelehrung. § 22 Abs. 2 gilt entsprechend.
- (5) Auf Antrag erhält die/der Studierende während des Studiums eine Leistungsübersicht, aus der u. a. die bis zum Zeitpunkt der Antragstellung erbrachten Studien- bzw. Prüfungsleistungen sowie ihre jeweilige ECTS-Punktzahl hervorgeht.

### § 24 Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß

- (1) Eine Modulprüfung gilt als nicht bestanden, wenn die/der Studierende einen Prüfungstermin ohne triftigen Grund versäumt oder wenn sie/er zwischen erfolgter Anmeldung zur Prüfung und Ende der Prüfung ohne triftigen Grund von der Prüfung zurücktritt. Dasselbe gilt, wenn die Masterarbeit

nicht innerhalb der vorgesehenen Bearbeitungszeit erbracht wird, es sei denn, die/der Studierende hat die Fristüberschreitung nicht zu vertreten.

- (2) Der für den Rücktritt oder das Versäumnis geltend gemachte Grund muss dem/der Leiter\*in des Prüfungsamtes unverzüglich schriftlich angezeigt und glaubhaft gemacht werden. Bei Krankheit der/des Studierenden bzw. eines von ihr/ihm allein zu versorgenden Kindes oder pflegebedürftigen Angehörigen kann die Vorlage eines ärztlichen Attestes und in Zweifelsfällen ein Attest eines vom/ von der Leiter\*in des Prüfungsamtes benannten Arztes verlangt werden. Die Anerkennung des Rücktritts ist ausgeschlossen, wenn bis zum Eintritt des Hinderungsgrundes bereits Prüfungsleistungen erbracht worden sind und nach deren Ergebnis die Prüfung nicht bestanden werden kann. Wird der Grund anerkannt, wird ein neuer Termin anberaumt. Die bereits vorliegenden Prüfungsergebnisse sind in diesem Fall anzurechnen.
- (3) Versucht die/der Kandidat\*in, das Ergebnis seiner Prüfungsleistung durch Täuschung oder Benutzung nicht zugelassener Hilfsmittel zu beeinflussen, so fertigt die/der zuständige Prüfer\*in oder der Aufsichtsführende hierüber einen Vermerk an. Dies gilt auch für den Fall, dass die/der Kandidat nach Ausgabe der Aufgabenstellung nicht zugelassene Hilfsmittel mit sich führt. Die/Der Kandidat\*in kann unbeschadet der Regelung in Satz 1 und 2 die Prüfung fortsetzen. Ihr/Ihm ist Gelegenheit zur Stellungnahme über das Vorkommnis zu geben. Der Vermerk und die Stellungnahme sind unverzüglich der/dem Leiter\*in des Prüfungsamtes zur Entscheidung vorzulegen. Stellt sie/er einen Täuschungsversuch fest, gilt die betreffende Prüfungsleistung als mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet. Entsprechendes gilt, wenn der Täuschungsversuch erst nach Abgabe der Prüfungsleistung bekannt wird.
- (4) Fehlerhafte oder unterlassene Angaben über benutzte Quellen (Plagiate) gelten als Täuschungsversuch, wenn Passagen, die aus veröffentlichten Arbeiten entnommen wurden, nicht als Zitat ausgewiesen sind.
- (5) Besteht der Verdacht auf Mitführung unzulässiger Hilfsmittel, ist die/ der Kandidat\*in verpflichtet, an der Aufklärung mitzuwirken und die Hilfsmittel gegebenenfalls herauszugeben. Verweigert er die Mitwirkung oder die Herausgabe, wird entsprechend Absatz 3 verfahren.
- (6) Die/Der Studierende, die/der den ordnungsgemäßen Ablauf der Prüfung stört, kann von der/dem jeweiligen Prüfer\*in oder Aufsichtsführenden von der Fortsetzung der Modulprüfung ausgeschlossen werden. In diesem Fall gilt die betreffende Prüfung als „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet. In schwerwiegenden Fällen kann der Prüfungsausschuss die Studierende/ den Studierenden – nach Gewährung rechtlichen Gehörs – von der Erbringung weiterer Prüfungsleistungen ausschließen.

### § 25 Aberkennung des akademischen Grads

- (1) Hat die/der Studierende bei einer Prüfungsleistung getäuscht und wird diese Tatsache nach der Aushändigung des Zeugnisses bekannt, so können die Noten der Modulprüfungen, bei deren Erbringung die/der Studierende getäuscht hat, berichtigt werden. Ggf. kann die Modulprüfung für

„nicht ausreichend“ (5,0) und die Masterprüfung für nicht bestanden erklärt werden.

- (2) Waren die Voraussetzungen für die Zulassung zu einer Prüfung nicht erfüllt, ohne dass die/der Studierende darüber täuschen wollte, und wird diese Tatsache erst nach Aushändigung des Zeugnisses bekannt, wird dieser Mangel durch das Bestehen der Prüfung geheilt. Hat die/der Studierende die Zulassung vorsätzlich zu Unrecht erwirkt, so kann die Modulprüfung für „nicht ausreichend“ (5,0) und die Masterprüfung für nicht bestanden erklärt werden.
- (3) Dem/Der Studierenden ist vor einer Entscheidung Gelegenheit zur Äußerung zu geben. Die Prüfer\*innen werden zur Sache gehört.
- (4) Das unrichtige Zeugnis ist zu entziehen und ggf. ein neues zu erteilen. Mit dem unrichtigen Zeugnis ist auch die Masterurkunde einzuziehen, wenn die Masterprüfung auf Grund einer Täuschung für nicht bestanden erklärt wurde.
- (5) Eine Entscheidung nach Absatz 1 und Absatz 2 Satz 2 ist nach einer Frist von 5 Jahren ab dem Datum des Zeugnisses ausgeschlossen.
- (6) Die Aberkennung des akademischen Grads richtet sich nach den gesetzlichen Vorschriften.

## § 26 Schutzbestimmungen

- (1) Die Schutzfristen des Mutterschutzgesetzes (MuSchG) sind in der jeweils geltenden Fassung zu berücksichtigen. Die Mutterschutzfristen unterbrechen jede Frist nach dieser Prüfungsordnung. Die Dauer des Mutterschutzes wird nicht in diese Frist eingerechnet. Die Studierende hat die erforderlichen Nachweise aus denen sich die Mutterschutzfristen berechnen lassen, dem akademischen Prüfungsamt einzureichen.

Die Studierende kann auf die Schutzfristen vor und nach der Entbindung verzichten. Hierzu ist eine ausdrückliche schriftliche Erklärung gegenüber dem Akademischen Prüfungsamt erforderlich. Der Widerruf dieses Verzichts auf die Einhaltung der Mutterschutzfristen kann nur für die Zukunft erfolgen.

Verzichtet die Studierende auf die in Satz 1 genannten Schutzfristen, ist sie berechtigt, an Lehrveranstaltungen teilzunehmen, Hochschuleinrichtungen zu besuchen sowie Studien- und Prüfungsleistungen zu erbringen, sofern keine Gefahr für die Studierende und/oder ihr (ungeborenes) Kind besteht.

- (2) Die Fristen der Elternzeit sind nach Maßgabe des jeweils geltenden Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes (BEEG) auf Antrag im Prüfungsverfahren zu berücksichtigen. Die oder der Studierende muss bis spätestens vier Wochen vor dem Zeitpunkt, von dem ab sie bzw. er die Elternzeit antreten will, dem Akademischen Prüfungsamt unter Beifügung der erforderlichen Nachweise schriftlich mitteilen, für welchen Zeitraum oder für welche Zeiträume sie bzw. er Elternzeit in Anspruch nehmen will. Das Prüfungsamt hat zu prüfen, ob die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen, die bei einer Arbeitnehmerin oder einem Arbeitnehmer einen Anspruch auf Elterngeld nach BEEG auslösen würden, und teilt der bzw. dem Studierenden das Ergebnis sowie ggf. die neu festgesetzten Prüfungsfristen unverzüglich mit. Die Bearbeitungsfrist der Masterarbeit kann nicht durch Elternzeit unterbrochen werden. Die gestellte Arbeit gilt als nicht vergeben. Nach Ablauf der Elternzeit erhält die bzw. der Studierende ein neues Thema.

- (3) Studierende, können sich für Zeiten der Schwangerschaft und Schutzzeiten nach dem MuSchG auf Antrag beurlauben lassen. Der Antrag ist rechtzeitig unter Beifügung der erforderlichen Nachweise bei der Studienabteilung einzureichen. Bei Beurlaubung nach Satz 1 sind die Studierenden berechtigt, an Lehrveranstaltungen teilzunehmen, Studien- und Prüfungsleistungen zu erbringen sowie Hochschuleinrichtungen zu nutzen, sofern keine Gefahr für die Studierende und/oder ihr (ungeborenes) Kind besteht. Für die Zeit der Beurlaubung während der Schutzfristen nach dem MuSchG, gilt Abs. 1 entsprechend.
- (4) Studierende, die aufgrund der in Abs. 2 genannten Schutzfristen beurlaubt sind, sind berechtigt, an Lehrveranstaltungen teilzunehmen, Studien- und Modulprüfungsleistungen zu erbringen und Hochschuleinrichtungen zu nutzen. Die Beurlaubung ist der Studienabteilung mitzuteilen.
- (5) Studierende, die mit einem Kind unter vierzehn Jahren, für das ihnen die Personensorge zusteht, im selben Haushalt leben und es überwiegend allein versorgen, sind berechtigt, einzelne Studien- oder Prüfungsleistungen und die Masterarbeit nach Ablauf der in dieser Studien- und Prüfungsordnung hierfür vorgesehenen Frist abzulegen.
- (6) Studierende, die mit einer oder einem pflegebedürftigen Angehörigen im Sinne von § 7 Abs. 3 Pflegezeitgesetz, im selben Haushalt leben und diese nachweislich überwiegend allein versorgen, sind berechtigt, einzelne Studien- oder Prüfungsleistungen und die Masterarbeit nach Ablauf der in dieser Studien- und Prüfungsordnung hierfür vorgesehenen Frist abzulegen.
- (7) Studierende, die ohne studierunfähig zu sein, wegen länger andauernder Krankheit oder wegen länger andauernder oder ständiger körperlicher Behinderung nicht in der Lage sind, die Lehrveranstaltungen regelmäßig zu besuchen oder die erwarteten Studien- bzw. Prüfungsleistungen zu erbringen oder diese ganz oder teilweise in der vorgesehenen Form abzulegen, sind berechtigt, einzelne Studien- oder Prüfungsleistungen und die Masterarbeit nach Ablauf der in dieser Studien- und Prüfungsordnung hierfür vorgesehenen Frist abzulegen oder gleichwertige Studien- bzw. Prüfungsleistungen in einer anderen Form zu erbringen. Die bzw. der Studierende hat zur Wahrnehmung ihrer bzw. seiner Rechte einen Antrag beim akademischen Prüfungsamt einzureichen. Hierbei ist anzugeben, für welchen Zeitraum eine Verlängerung der Fristen beantragt wird. Dem Antrag sind entsprechende Nachweise, insbesondere ärztliche Atteste, beizulegen. In Zweifelsfällen kann die Hochschule ein Attest einer von ihr benannten Ärztin bzw. eines von ihr benannten Arztes verlangen. Das akademische Prüfungsamt hat zu prüfen, ob die vorstehend genannten Voraussetzungen vorliegen und teilt das Ergebnis sowie gegebenenfalls die neu festgesetzten Prüfungsfristen der bzw. dem Studierenden unverzüglich mit.
- (8) Die Berechtigung erlischt mit dem Ablauf des Semesters, in dem die nach Abs. 4 Satz 1 bzw. Abs. 5 Satz 1 bzw. Abs. 6 Satz 1 genannten Voraussetzungen entfallen. Die bzw. der Studierende hat jeweils die entsprechenden Nachweise zu führen; sie bzw. er ist verpflichtet, Änderungen in den Voraussetzungen jeweils unverzüglich mitzuteilen.
- (9) Fristen für Wiederholungsprüfungen können jeweils nur um zwei Semester gemäß den Abs. 4, 5 und 6



verlängert werden.

- (10) Schutzfristen und Fristverlängerungen werden auf Antrag der/des Betroffenen gewährt. Über den Antrag entscheidet die Leiterin bzw. der Leiter des akademischen Prüfungsamtes.

#### **§ 27 Einsichtsrecht**

- (1) Nach Abschluss der Masterprüfung wird der/dem Studierenden auf Antrag innerhalb eines Jahres Einsicht in seine Masterarbeit, die darauf bezogenen Gutachten und in die Prüfungsprotokolle gewährt. Der Antrag ist an das akademische Prüfungsamt zu richten. Der Leiter des akademischen Prüfungsamtes bestimmt Ort und Zeit der Einsichtnahme.
- (2) Für die Einsichtnahme in die schriftlichen Modulprüfungen bzw. Prüfungsprotokolle gilt eine Frist von 4 Wochen nach Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses.

### **III. Schlussvorschriften**

#### **§ 28 Inkrafttreten und Übergangsbestimmungen**

- (1) Studierende, die ihr Studium vor dem 01.10.2019 aufgenommen haben, werden nach der Studien- und Prüfungsordnung der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg für den Masterstudiengang Sonderpädagogik vom 14. Mai 2009 in der Fassung der sechsten Änderung vom 17. Januar 2018 geprüft. Dies gilt jedoch längstens bis zum Außerkrafttreten der genannten Studien- und Prüfungsordnung.
- (2) Diese Studien- und Prüfungsordnung tritt am 01.01.2020 in Kraft.

Anlage 1: Studienverlaufsplan

Anlage 2: Modulformular

Anlage 3: Bescheinigung über erfolgreich erbrachte Prüfungen und Studienleistungen

Anlage 4: Prüfungszeugnis

Anlage 5: Transcript of Records

Anlage 6: Diploma Supplement

Anlage 7: Modulhandbuch

Ludwigsburg, 3. Dezember 2019

Prof. Dr. Martin Fix  
Rektor